

# RS Vwgh 1990/12/11 89/07/0186

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 11.12.1990

## Index

20/01 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)

81/01 Wasserrechtsgesetz

## Norm

ABGB §297;

WRG 1959 §31 Abs1;

WRG 1959 §31 Abs3;

## Beachte

Besprechung in:Ecolex 5/1991, S 360;

## Rechtssatz

Zu den Personen, die als Adressaten eines wasserpolizeilichen Auftrages gemäß § 31 Abs 3 WRG in Betracht kommen, weil sie zur Setzung von Maßnahmen des § 31 Abs 1 WRG verpflichtet sind, zählen nach stRsp des VwGH jedenfalls jene, denen die betreffende Anlage (dh die, von der die Gefahr einer Gewässerunreinigung ausgeht) zuzurechnen ist (Hinweis E 28.4.1980, 369/80; E 12.11.1985, 85/07/0198). Zuzurechnen ist aber eine Anlage einem Grundeigentümer immer dann, wenn jene mit dem betreffenden Grundstück fest (untrennbar) verbunden ist und solcherart einen unselbständigen Bestandteil des Grundstückes bildet (wie hier mit einem Grundstück fest verbundene Betonwannen).

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1990:1989070186.X03

## Im RIS seit

12.11.2001

## Zuletzt aktualisiert am

14.07.2009

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>